

Wortgewaltig, aber nichtssagend

Umfragewerte der AfD: „Gegenhalten“, FR-Titel vom 3. Juni

Welcher Wille wird da ausgedrückt?

Ja, die Steilvorlagen für die AfD kommen leider aus der Politik. Es gibt nun mal Menschen, die mit der aktuellen Politik nicht zurechtkommen und die ihren Protest bei Umfragen nur als potentielle Wähler der AfD zum Ausdruck bringen können.

Ich finde folgende Idee gut: Auf den Stimmzetteln muss man ankreuzen können, dass man sich mit der Politik keiner Partei identifizieren kann. Dann könnten auch Protestwähler ihren Willen zum Ausdruck bringen, müssen sich nicht ganz der Wahl verweigern oder eine Partei wählen, die sie nie wählen würden, wenn sie sich wirklich mit deren Programm beschäftigt hätten. Utta Schüder, Schortens

Das Kreuz bei der falschen Partei

Die Märkte haben die Hoheit über die Politik erobert („marktkonforme Demokratie“, Merkel), und machtvoller Lobbyismus hat demokratische Systeme fest in der Hand. Gleichzeitig befindet sich die (überforderte) Politik in den westlichen Demokratien seit geraumer Zeit in Krisensituationen: Flüchtlings-, Klima-, Banken-, Schulden-, Terrorismus-, Energie-, Rohstoff-, Lieferketten- etc. „All dies schafft Problemlagen und Handlungszwänge, die in ihrer Komplexität bei Weitem die Vorstellungskraft und Urteilsfähigkeit der Bürger übersteigen und die in ihrer Dringlichkeit einen Zeit- und Handlungsdruck erzeugen, dem demokratische Verfahren nicht gewachsen sind“ (Blühdorn, Simulative Demokratie).

Soziale Ungleichheit und Entmündigung der Bürger nehmen zu. Pausenlos wird von unseren „westlichen demokratischen Werten“ und einer „regelbasierten Ordnung“ fabuliert, aber intensive Handelsbeziehungen gepflegt mit autokratischen Systemen und Diktaturen (schlimmster Ausprägung. Und all das soll nun der Bürger ak-

zeptieren? Zumindest ein Teil davon tut das nicht! Dieser Teil nutzt die einzige Möglichkeit, die ihm verbleibt, und macht sein Kreuz bei der falschen Partei, der AfD.

Und nun ist das Geschrei bei den „demokratischen“ Parteien groß. Nicht nur, dass sie sich gegenseitig darüber zerfleischen, sie geben auch noch denen die Schuld, die das „falsche“ Kreuz gemacht haben, und nennen sie demokratiefeindlich und rechts! Da fällt mir nur das Wort „Demophobie“ der ehemaligen Verfassungsrichterin Gertrude Lübbe-Wolff ein. Und was soll nun geschehen? M.E. hilft nur die offene und ehrliche Kommunikation der Politik mit den Bürgern und deren Beteiligung durch mehr direkte Demokratie („Mehr Demokratie wagen“, W. Brandt). Und dadurch vielleicht die Wiedererlangung des Primats der Politik gegenüber machtvoll organisierter Interessen. Sprüche wie „Wer Führung will, bekommt Führung“ (Olaf Scholz) helfen niemandem weiter. Matthias Wooge, Neu-Isenburg

Die Politik zeigt Distanz zu den Menschen

Wenn Benninghoff in „vom Unvermögen demokratischer Parteien“ schreibt, sollte man doch meinen, dass er genau diesem Aspekt etwas mehr Raum einräumt. Denn es stimmt: „Die AfD legt seit zehn Jahren die Axt an die Demokratie“. Doch möglich wurde dies, weil die anderen Parteien, sich selbstgefällig als „demokratisch“ bezeichnend, nicht in der Lage waren, „eine lösungsorientierte Politik, die verstanden wird“ zu betreiben. Genau das hat dazu geführt, dass die Menschen, die den Schutz und die Unterstützung der Politik am meisten bräuchten, Menschen am unteren Rand unserer Gesellschaft schon lange weggelaufen sind. Und viele, die sich in Gefahr sehen, dorthin zu geraten aus Angst, Verunsicherung und Hilflosigkeit eben jene „Gewaltschleicher“ unterstützen. Schon die beigefügte Tabelle

der Umfrageergebnisse offenbart einen Teil des Problems: Neun Prozent der Befragten werden als „Sonstige“ geführt. Fast jeder zehnte „Sonstige“ findet mit seiner Ansicht oder Meinung keine Berücksichtigung. Nichtwähler fallen ganz unter den Tisch.

Was ist das für eine Politik, wenn es um den Umgang mit den Klimaklebern geht? Junge Menschen, die Angst um ihre Zukunft haben, werden kriminalisiert, verfolgt. Es ist unsere Jugend, unsere Zukunft die hier misshandelt wird. Woher sollen diese jungen Menschen ihr Vertrauen in diese Demokratie her beziehen? Diese Polizeiaktionen wurden irgendwo ausgedacht, organisiert und auf den Weg gebracht. Das waren politische Kreise. Vor denen wird mir Angst und Bang. Es sind dieselben, kaum fassbaren Kreise, die auch brutale Polizeieinsätze seinerzeit in Hamburg und Stuttgart auf den Weg brachten. Aktionen übrigens, die im Nachhinein von Gerichten oftmals als rechtswidrig eingestuft wurden. Die Akteure sind nicht bekannt und nicht zu wählen. Schon gar nicht zur Rechenschaft zu zwingen.

Die Politik zeigt immer wieder ihre Distanz zu den Menschen. Wenn Parteien sich klar voneinander abgrenzen, dann ist Wahlkampf. Ist dieser vorbei und will man (mit-) regieren, sind diese Differenzen schnell vergessen und man springt gemeinsam ins politische Bett. Wenn gefühlt immer dieselben Figuren die Talkshows belagern und wortgewaltig nichts erklären, wenn Selbstkritik fehlt weil immer andere schuld sind, wenn Umfragen mit eindeutigen Ergebnissen nur aufgegriffen werden, wenn sie ins eigene Kalkül passen

Wir müssen „gegenhalten“. Aber nur gegen die AfD zu protestieren, reicht nicht. Die sind nicht der Grund für die Parteienverdrossenheit, sie sind nur das sichtbare Zeichen.

Mario Gesiarz, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/afd-3



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE
Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20230606

FR ERLEBEN

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit dem Historiker Peter Brandt über Wege zum Frieden in Europa,
Montag, 12. Juni, 19 Uhr, Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5 Frankfurt

Andreas Schwarzkopf diskutiert während des evangelischen Kirchentages in Nürnberg mit der SPD-Bundestagsabgeordnete Gabriela Heinrich und dem Politikwissenschaftler und Theologe Max Weber über „Wer Frieden will, bereite sich auf Krieg vor?– Globales Machtstreben, Krieg und Rüstungspolitik“.
Samstag, 10. Juni, 15 Uhr Evangelischer Kirchentag, Halle 6 Messezentrum, Nürnberg

Pitt von Bebenburg moderiert die Online-Diskussion „Wachsende Armut in Hessen – welche Lösungen hat die Politik?“ des Paritätischen Hessen. Mit Andreas Aust (Paritätische Forschungsstelle), Claudia Ravensburg (CDU), Marcus Bocklet (Grüne), Lisa Gnadt (SPD), Yanki Pürsün, (FDP), Christiane Böhm (Linke). Anmeldung unter www.parietaet-hessen.org
Mittwoch, 21. Juni, 17 Uhr.

Achtung vor Habeck

Zu: „Habeck verteidigt Gesetz“, FR-Politik vom 2. Juni

Es ist mir ein Bedürfnis, deutlich zu sagen: Ich habe größten Respekt vor Robert Habeck. Für mich ist er einer der fähigsten und tatkräftigsten Politiker, die das Land hat. Er hat sich zielstrebig dafür eingesetzt, die Energieversorgung Deutschlands sicherzustellen, als wegen des russischen Angriffs auf die Ukraine der Bezug russischen Gases gestoppt werden musste. Damals wurde ihm vielfach ein zu weitgehender Pragmatismus, wenn nicht Verrat an den Zielen des Klimaschutzes vorgeworfen. Beim Gebäudeenergiegesetz ist das Gegenteil der Fall. Von allen Seiten hagelt es Vorwürfe und Klagen. Dabei ist den politischen Akteuren völlig klar, dass die Maßnahmen im Bereich Gebäudeheizung zwingend nötig sind. Sie sind von Herzen froh, dass jemand anders für diese unpopulären Maßnahmen verantwortlich zeichnet. Sie lassen Habeck die heißen Kastanien aus dem Feuer holen, um auf ihn eindreschen zu können. Dagegen lassen sich wunderbare Emotionen schüren.

Was zurzeit in Politik und Medienwelt – mit brutaler Offenheit in „Bild“ und klammheimlich in vielen anderen Medien und Veröffentlichungen – gegen Habeck gehetzt wird, lässt mich bekloppen an Rudi Dutschke denken. Ich kann unserem Wirtschaftsminister nur wünschen: starke Nerven, guter Personenschutz.

Claudia Möller, Ranstadt

Wir sollten uns schämen

Dr. Hontschik: „Vom Pflegenotstand nichts Neues“, FR-Panorama vom 27.5.

Ich staune, wie Politiker durch die Welt reisen, um Menschen in unseren Reihen zu stellen. Aus unseren Reihen schaffen sie es nicht, ausreichend Menschen für Pflege, Handwerk, Erziehung und Bildung auszubilden, in Arbeit zu bringen und darin zu halten. Seit Jahrzehnten werden Defizite beklagt statt behoben. Im Gesundheitssystem wie auch in der Wirtschaft wird der Mensch dem Profit untergeordnet. Arbeit ist oft so gestaltet, dass Arbeitnehmerinnen nur flüchten können. Ansehen, gute Arbeitsbedingungen und angemessene Gehälter werden selten geboten. Menschen aus anderen Ländern sollen einspringen. Sehen Politiker wirklich einen Gewinn für diejenigen, die sie anwerben wollen? Was versprechen sie den Menschen in der Fremde? Was sagen die Anwerbungsversuche über uns aus? Welchen Wert messen wir einem anderen Menschen bei? Lassen wir ihm seine Würde, anerkennen wir seine Rechte? Oder ordnen wir beides unseren Bedürfnissen unter? Dr. Hontschik bezeichnet die Aktionen meines Erachtens treffend als „Pflegeimperialismus“. Sollen wir uns nicht schämen?

Maria Gubisch, Gelnhausen

Selbst 1848 gab es blinde Flecke

Zu: „Jubiläum: 175 Jahre Nationalversammlung in Frankfurt“, FR-Politik vom , 18. Mai

Bei aller berechtigten Freude und Feierlaune anlässlich „175 Jahre Nationalversammlung“ in diesem Jahr darf nicht vergessen werden, dass nicht alle Menschen und Schichten, gesellschaftlichen Gruppen und kirchlichen Strömungen im Revolutionsjahr 1848 im Boot der Demokratie- und Freiheitsbewegung saßen. Gerade die von Armut und Verelendung Betroffenen fanden keine große Lobby, obwohl die soziale Not mit dem Beginn der Industrialisierung in Deutschland rapide zunahm.

Zum Teil dürfte diese Schiefelage mit der Zusammensetzung der Delegierten in der Paulskirche zusammenhängen. Denn bei den Volksvertretern dominierte das Bürgertum – Ärzte und An-

wälte, Beamte und Akademiker. Und auch wenn 39 Abgeordnete von Beruf Pfarrer waren, fanden Notleidende und Gescheiterte, verwaiste Jugendliche und schwerkranke Alte wenig Gehör, weder im Plenarsaal der Paulskirche noch im sozial erstarrten Christentum der Zeit. Deshalb rief der politische Frühling 1848 einen zweiten Frühling im Herbst hervor: den ersten Deutschen Evangelischen Kirchentag, der zum Teil als eine Reaktion auf die revolutionäre Paulskirchenversammlung. Auf dem Kirchentag in Wittenberg hielt der Theologe Johann Hinrich Wichern eine wegweisende Rede, die zur Gründung der Inneren Mission führte: die Geburtsstunde der organisierten Diakonie.

Die Innere Mission im 19. Jahrhundert bemühte sich um Professionalisierung der diakonisch-sozialen Arbeit, etwa in der Kinder- und Jugendhilfe, Krankenpflege und Gefangenenfürsorge. Dabei nahm sie eine Vorreiterfunktion ein – lange bevor Staat oder Gesellschaft Verantwortung übernahmen. So wie die Delegierten der Nationalversammlung auf dem großen Wandgemälde des Berliner Malers Johannes Grütze in der Paulskirche als ein im Kreis ziehender „Zug der Volksvertreter“ dargestellt sind, entwickeln sich Demokratie wie Diakonie auch heute weiter – einem noch unsichtbaren Ziel entgegen. Jeffrey Myers, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/paulskirche